



Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

19. Mai 2015

Liebe Leserin, lieber Leser,

am Sonntag war der internationale Tag gegen Homophobie. Ein Tag, der daran erinnert, dass wir auch in Deutschland noch immer Benachteiligungen von Lesben und Schwulen haben - auch rechtlich! **Deshalb bin ich dafür, die völlige Gleichstellung endlich zu realisieren** - das geht am besten, indem man die Normen über die Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare öffnet.

Am Donnerstag beginnt die Sitzung des Bundestages mit der Vereidigung des neuen Wehrbeauftragten. Der SPD-Abgeordnete Hans-Peter Bartels ist schon im Dezember mit großer Mehrheit für fünf Jahre gewählt worden und folgt jetzt auf Hellmut Königshaus. Gleich anschließend gibt es eine **Regierungserklärung der Bundeskanzlerin** zu drei anstehenden Gipfeltreffen: In Riga treffen sich Vertreter der EU-Mitgliedsländer diese Woche, um über die Zusammenarbeit mit den östlichen Partnerländern zu sprechen. Der G7-Gipfel auf Schloss Elmau am 7. und 8. Juni versammelt die Staats- und Regierungschefs der führenden Industrienationen und schließlich steht auch noch ein Treffen der EU mit der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten („CELAC“) am 10. und 11. Juni in Brüssel an.

Heute kam in Berlin eine Reisegruppe des Bundespresseamtes aus Darmstadt an, die es gerade noch vor dem neuen Bahnstreik hier her geschafft hat! Hoffentlich kommen alle auch am Freitag wieder zurück...

Bei den **Lilien** geht's ums Ganze diesen Sonntag – ein Sieg zu Hause gegen St. Pauli heißt erste Bundesliga! Ich drücke die Daumen!

++ 10 Jahre Sommerwanderung! ++

Ein kleines Jubiläum feiert meine traditionelle Sommerwanderung in diesem Jahr. Vom 9. bis 13. Juli bin ich wieder in verschiedenen Gemeinden meines Wahlkreises unterwegs. Alle, die ihre nähere Umgebung neu oder wieder entdecken wollen, sind herzlich eingeladen, mich bei meinen Wanderungen und Spaziergängen zu begleiten!

Wir haben unterschiedlich anspruchsvolle, immer abwechslungsreiche Touren zusammengestellt und hoffen, dass für jeden Geschmack etwas dabei ist. Jede Tour wird von einem ortskundigen Führer begleitet.

Die einzelnen Ausflüge, weitere Infos und die Möglichkeit sich anzumelden gibt es entweder [hier](#) oder per Email: brigitte.zypries.wk@bundestag.de oder unter der Telefonnummer: 06151-3605078. Ich freue mich jetzt schon auf zahlreiche Begleitung!

Euse / Ihre Brigitta Zypries



+++ Datterich-Festival +++

In Darmstadt wird 2015 ein neues Festival aus der Taufe gehoben. Es ist dem legendären (Anti-)Helden der Stadt gewidmet: Dem Datterich, Inbegriff der lokalen Kultur. Vom **4. bis zum 14. Juni** gibt es anlässlich des 200. Geburtstages seines Schöpfers, Ernst Elias Niebergall, ein reichhaltiges Programm.

Während der notorische Schuldner Datterich seine Schulden mit ironischer Leichtigkeit abtut, ist es für einige Menschen nicht ganz so einfach, aus der Verschuldung herauszukommen. Deshalb wird pro verkauftes Ticket 1 € an das Schuldnerberatungsprojekt des Freiwilligenzentrums und an die Datterologische Gesellschaft e. V. zur Finanzierung des Datterich-Festivals gespendet - eine tolle Idee.

Infos und Programm [hier](#).

Gesetz zur Stärkung der Tarifeinheit

Am Freitagmorgen wird der Bundestag in zweiter und dritter Lesung über das „Gesetz zur Stärkung der Tarifeinheit“ abstimmen. Der Bundesrat soll sich dann am 12. Juni damit befassen und dann kann das Gesetz in Kraft treten. **Mit dem Tarifeinheitsgesetz stellen wir den bewährten Rechtszustand wieder her, der bis zur Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts 2010 galt: In jedem Betrieb soll für eine Beschäftigtengruppe nur ein Tarifvertrag gelten.**

Es hat in den vergangenen Monaten viel Diskussion um dieses Gesetz gegeben. Auch ich habe viel Post bekommen – oft wurde die Sorge genannt, dass durch die Regelungen kleinere Gewerkschaften an Einfluss verlieren und dass dadurch die gewerkschaftliche Arbeit im Betrieb behindert werden könnte. Darum geht es uns natürlich nicht! Ganz im Gegenteil: Wir wollen verhindern, dass die organisierte Arbeitnehmerschaft zersplittert.

Wir wollen mit dem Gesetz dafür sorgen, dass die Tarifautonomie sich auch weiterhin an den Interessen der Gemeinschaft und dem Wohl des Gesamtbetriebes und aller dort Beschäftigten ausrichtet. **Gleiche Arbeit soll im Betrieb auch gleich bezahlt und unter gleichen Bedingungen geleistet werden.** Es geht um die Solidarität der Beschäftigten untereinander - konkurrierende Gewerkschaften sollen nicht die Mitglieder gegeneinander ausspielen oder die Betriebe durch unzählige Tarifkonflikte lahmlegen. Das ist für jeden Betrieb ein Problem und für den Wirtschaftsstandort Deutschland im Ganzen schädlich. Und im Konkurrenzkampf der Arbeitnehmer untereinander gibt es auch keine Gewinner!

Natürlich können kleine Gewerkschaften auch weiterhin für die Interessen ihrer Mitglieder eintreten. Der Grundsatz der Tarifeinheit kommt nur dann zur Anwendung, wenn es den Tarifvertragsparteien nicht gelingt, durch eigenes Handeln „Tarifkollisionen“ zu vermeiden. Im Konfliktfall müssen sich also konkurrierende Gewerkschaften zum Wohle der gesamten Belegschaft einigen. Nur wenn das nicht gelingt, soll der Tarifvertrag derjenigen Gewerkschaft angewendet werden, die im Betrieb über die meisten Mitglieder verfügt, also die größte Akzeptanz in der Belegschaft hat.

Übrigens: **Das Gesetz berührt nicht das Arbeitskampfrecht. Und es ist natürlich auch nicht Ziel des Gesetzes, das Streikrecht einzuschränken.** Es gilt wie bisher: Ein Arbeitskampf muss verhältnismäßig bleiben. Und ob das so ist, muss in jedem Einzelfall von einem Gericht entschieden werden.



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis.

Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürgernah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben.

Sie können diesen Newsletter gerne abonnieren: Entweder einfach auf meiner Website oder Sie schreiben eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

*V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin*

*Bilder:
Daniel Becker*

Der Stand der Kleinkinderbetreuung in Deutschland – die Bundesregierung berichtet

Vor acht Jahren haben sich Bund, Länder und Kommunen auf dem sogenannten „Krippengipfel“ darauf geeinigt, die **Betreuungsangebote für unter Dreijährige auszubauen** und ab August 2013 für mindestens ein Drittel aller zwei- und dreijährigen Kinder einen Betreuungsplatz zur Verfügung zu stellen. Diese Vereinbarungen wurden im „Kinderförderungsgesetz“ festgehalten. Der im Kinderförderungsgesetz verankerte Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz in einer Kita oder Tagespflegestelle trat dann am 1. August 2013 in Kraft.

Seit es das „KiföG“ gibt, berichtet die Bundesregierung regelmäßig über den Stand des Ausbaus der Kindertagesbetreuung. **Der Bericht, der am Freitagmittag im Bundestag diskutiert wird, ist der erste, seit es den Rechtsanspruch gibt.** Zeit, Bilanz zu ziehen: Wie steht es um den Ausbau der Kindertagesbetreuung? Gibt es für jedes Kind einen Platz? Ist es zu der Klagewelle gekommen, die die Städte und Kommunen befürchtet hatten? Wie wird sich der Bedarf in den nächsten Jahren entwickeln? Alle diese Fragen behandelt der Bericht und diese Fragen werden auch am Freitag im Plenum diskutiert werden.

Fest steht: **Das Kinderförderungsgesetz hat dem Ausbau des Betreuungsangebots einen ordentlichen Schubs gegeben.** 2014 wurden fast doppelt so viele Plätze für Ein- und Zweijährige in Anspruch genommen wie noch 2008. Insgesamt waren es am Stichtag 660.750 Kinder. Der Ausbau des Betreuungsangebots hat sich statistisch gesehen auch nicht negativ auf den „Betreuungsschlüssel“ – also die Anzahl zu betreuender Kinder pro Betreuer – ausgewirkt: Eine Vollzeitkraft kümmert sich durchschnittlich um 4,1 Kinder, das ist etwas besser als noch vor zwei Jahren.

Wir sind also ein gutes Stück vorangekommen in den letzten Jahren, aber geschafft ist es noch nicht. 2014 benötigten 41,5 % der Eltern mit Kindern unter drei Jahren einen Betreuungsplatz – am 1. März 2014 fehlten noch rund 185.000 Plätze. Allerdings sinkt der Fehlbedarf seit 2012.

Ein weiterer Punkt ist mir wichtig: Es kommt nicht nur auf die Zahl der Plätze an, sondern auch auf die Qualität der Betreuung. Da kann man mal einen Seitenblick auf den aktuellen Tarifstreit der Erzieherinnen und Erzieher wagen. Denn ich finde, **wenn der Betreuungsausbau ein Erfolg sein soll, dann müssen wir auch bereit sein, das hochqualifizierte pädagogische Personal angemessen zu bezahlen.** Nur so sichern wir langfristig auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.